

SYSTEMRELEVANT 111

Sebastian Dullien und Marco Herack wagen einen Parforceritt durch die aktuelle Konjunktur- und Inflationslandschaft mit dem Schwerpunkt Gasumlage.

Marco Herack:

Heute ist Montag, der 14. August 2022. Willkommen zur 111. Ausgabe von Systemrelevant. Sebastian Dullien, ich grüße dich.

Sebastian Dullien:

Hallo Marco. 111. Ausgabe, da müssen wir eigentlich einen Schnaps ausgeben, oder?

Marco Herack:

Genau. Du bist der Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung, bekannt als IMK, bei der Hans-Böckler-Stiftung und schuldest mir einen Schnaps.

Sebastian Dullien:

Gut. Wenn wir uns mal wieder treffen, dann mache ich das gerne.

Marco Herack:

Komme ich drauf zurück. Auch du bist wieder aus dem Urlaub zurück, wie ich höre und beschäftigst dich mit den gleichen Themen wie vor deinem Urlaub.

Sebastian Dullien:

Ja, dieses Jahr scheint die Sommerpause so ein bisschen ausgefallen zu sein in der Tat. Also es geht schnell weiter.

Marco Herack:

Inflation, Konjunktur, alle haben Angst und Gas. So, das sind so die bestimmenden Themen. Aber bevor wir da reingehen, vorweg wie immer der Hinweis, dass wenn ihr uns erreichen möchtet, um Ideen, Fragen oder Unmut kundzutun, dann könnt ihr uns beispielsweise auf Twitter antickern @boeckler_de oder auch per E-Mail an systemrelevant@boeckler.de. Also Hinweise, Korrekturen und Anregungen bitte einfach einsenden. Und wir freuen uns, wenn ihr uns in einem Podcatcher euer Wahl abonniert. Wenn ihr Twitter nutzt, dann findet ihr Sebastian dort auch als @SDullien, also Sebastian Dullien. Mein Name ist Marco Herack und wir wollen uns heute mit der Konjunktur und der Inflation beschäftigen. Es ist nicht mehr vom Gleichen, sage ich mal, da der Diskurs in unserer kleinen Pause tatsächlich weit vorangeschritten ist und wir jetzt eher in so eine Phase der Umsetzung vieler Ideen und Maßnahmen kommen. Und bevor wir da zu den einzelnen Punkten kommen, würde mich interessieren, Sebastian, wie es um die Konjunktur denn überhaupt steht. Oder anders gesagt; Rezession oder ewiges Wirtschaftswachstum – was sagt der Konjunkturindikator?

Sebastian Dullien:

Na, also nach unserem Konjunkturindikator steht die deutsche Wirtschaft am Rande einer Rezession. Das heißt, man ist sich noch nicht so ganz sicher, ob sie darein abgleitet oder ob sie dem noch gerade entkommt, aber es sieht eigentlich relativ kritisch aus. Und, ja, wir haben ja so einen monatlichen Konjunkturindikator, der aus

Echtzeitdaten errechnet wird. Also normalerweise definiert man dann die Konjunktur ja am feinen Bruttoinlandsprodukt und dieser Indikator kann das vorhersagen mit Finanzmarktdaten und Stimmungsdaten. Und der hat jetzt über 50 Prozent, also so knapp unter 60 Rezessionswahrscheinlichkeit. Das ist so ein Bereich, insbesondere weil da auch solche Unsicherheitsfaktoren mit drin sind, wo man eben noch nicht sicher sagt, wir sind in einer Rezession, aber wo es dahin gehen könnte. Und auch der ifo-Geschäftsklimaindex, über den wir mal geredet haben, der zeigt da auch jetzt ziemlich deutlich nach unten. Wobei da interessant ist, dass die Unternehmen ganz üble Geschäftsaussichten berichten, aber die Geschäftslage eigentlich noch einigermaßen okay ist.

Marco Herack:

Ist das so ein bisschen Vorwegnahme dessen, was man selber erwartet, wie es sich entwickeln wird, diese Differenz?

Sebastian Dullien:

Na ja, klar, also ich meine, die Geschäftserwartungen geben ja an, was erwarten sie denn für die nächsten sechs Monate und die aktuelle Lage ist, wie läuft es jetzt in ihrem Geschäft. Und sowohl in der Finanzkrise als auch in der Corona-Krise sind diese beiden Einschätzungen zeitgleich nach unten gegangen, was auch verständlich ist in gewisser Weise, weil das nicht wirklich absehbar vorher war, dass da die Pandemie halt kommt oder dass die so dramatisch wird. Und bei der Finanzkrise war es vielleicht absehbar, aber es war bei den Unternehmen nicht angekommen. Und jetzt ist eher so was, was wir in den 2000er Jahren schon mal gesehen haben; dass wenn die Unternehmen offensichtlich sehen, dass da ein sehr harter Winter auf sie zukommt, dass sie aber eben das im Moment noch nicht vollständig in der aktuellen Lage sehen.

Marco Herack:

Ja, man könnte ja auch drauf spekulieren, dass es jetzt einen Wachstumseinbruch gibt, aber der kompensiert vielleicht ohnehin das, was man gerade über die Lieferketten eh nicht an Material heran bekommt und dadurch ist das alles nicht so schlimm?

Sebastian Dullien:

Na ja, das wäre eine sehr optimistische Interpretation. Also ich würde eher sagen, man hat die Lieferkettenprobleme und jetzt kommt dann noch in anderen Branchen und woanders das Auftragsproblem dazu.

Marco Herack:

Stechen denn irgendwelche Wachstumsrisiken da besonders hervor?

Sebastian Dullien:

Ja, ich meine, der Gaspreis und mögliche Gasunterbrechungen. Das ist ja auch ein Thema, was wir schon länger diskutiert haben. Aber wenn man sich jetzt anguckt, wir haben unsere letzte Prognose im Juni gemacht. Da war für die Megawattstunde Gas etwa 100 Euro fällig, sowohl im Spotpreis, also das, was man jetzt sofort handelt als auch für die kommenden Monate. Und das ist jetzt gesprungen auf etwas mehr als 200 Euro oder um die 200 Euro. Und das macht halt schon einen

ziemlichen Unterschied aus. Also wir verbrauchen so viel Gas in Deutschland, dass 100 Euro mehr pro Megawattstunde etwa 100 Milliarden Mehrbelastung für die deutsche Wirtschaft ausmacht. Wir verbrauchen ungefähr etwas weniger als 1 Milliarde Terrawattstunden und dann kann man das so ausrechnen. Wenn das sich voll durchschlägt, dieser Preis, bedeutet das, die Importrechnung für Gas, weil wir produzieren nicht so viel selber, grosso modo steigt dann um 100 Milliarden Euro. Das ist halt, was irgendjemand von uns bezahlen muss – real, weil das Geld geht an die ausländischen Gasproduzenten. Und, genau, das ist jetzt das Problem. Von der letzten Prognose bis jetzt hast du halt diese große Belastung und die muss irgendwie verteilt werden.

Marco Herack:

Aber habt ihr da nur Einblicke in die Unternehmen oder habt ihr auch Einblicke in die Privathaushalte? Weil da würde ich ja drauf tippen, die stehen ja, was so Strom- und Gaspreise betrifft, ähnlich unter Druck gerade.

Sebastian Dullien:

Wir hatten ja eine Umfrage gemacht. Ich weiß gar nicht, ob wir darüber schon gesprochen hatten. Das war vielleicht, das war irgendwie kurz vor dem Urlaub, wo wir die Haushalte gefragt haben einmal, wie sie die Inflation wahrnehmen und wie sie sich verhalten wollen, was sie anders machen wollen. Und da haben wir sie auch gefragt, ob sie ihren Konsum einschränken. Und da sind einfach sehr, sehr viele Haushalte dabei, die jetzt sagen, ja, wegen der hohen Strom- und Gaskosten schränken sie nicht nur ihren Energieverbrauch ein, sondern auch andere Dinge. Also die wollen weniger ins Restaurant gehen. Da haben wir aber, glaube ich, schon mal drüber gesprochen. Das ist das, was wir jetzt sehen. Wir wiederholen diese Umfrage jetzt noch mal, um zu gucken, wie es da weitergeht. Aber das hat man da schon gesehen. Und seitdem, so anekdotisch, wenn man so Twitter und so was liest, haben eine ganze Reihe von Haushalten jetzt schon eine Erhöhung ihrer Gaspreise ins Haus geschickt bekommen. Das heißt, das wird sich wahrscheinlich weiter fortsetzen. Da sind auch einfach echt brutale Erhöhungen drin. Das sind ja zum Teil Verdreifachungen oder fast Vervierfachungen der bisherigen Gasrechnung. Und wenn du dann vorher 150 Euro bezahlt hast pro Monat und du zahlst dann plötzlich 500 oder 600, das geht halt schon ins Eingemachte.

Marco Herack:

Wir hatten damals auch darüber geredet, dass das ein sehr großer Anreiz dafür ist, Gas zu sparen. Da kann Robert Habeck noch so viel erzählen, aber wenn die Rechnung mal auf dem Tisch, dann denkt jeder dreimal drüber nach, wie viel Heizmenge er da wirklich braucht. Das heißt also, wir haben einmal diese Lieferkettenprobleme, wir haben die Energieausgabenprobleme und aus der Gemengelage heraus, das reicht ja dann eigentlich schon fast, kann man eigentlich schon gut herleiten; das mit der Konjunktur, das wird nicht so ganz so einfach – und damit begründet sich dann auch die Rezession oder die Rezessionswahrscheinlichkeit.

Sebastian Dullien:

Genau. Genau, die Rezessionswahrscheinlichkeit. Genau. Und wir setzen uns jetzt demnächst an die nächste Prognose, die dann im September rauskommt.

Marco Herack:

Da werden wir dann sicherlich auch noch mal im Detail da drüber reden. Jetzt haben wir gleichzeitig noch einen schwachen Euro. Da wollte ich zumindest mal ganz kurz drüber geredet haben, weil eigentlich sagt man ja, so ein schwacher Euro kurbelt den Export an. Gleichzeitig macht es aber auch die Energiepreise teurer.

Sebastian Dullien:

Also klar, der schwache Euro macht Energie teurer. Aber nicht nur Energie, sondern erhöht natürlich auch die Preise für andere Dinge, die wir importieren. Und zurzeit, also insbesondere wenn du Probleme in den Lieferketten hast und zum Beispiel Automobilindustrie auf riesigen Auftragspolstern sitzt, die sie aufgrund von fehlenden Halbleitern eh nicht abarbeiten kann, dann ist der Wechselkurs eigentlich nicht so richtig hilfreich. Der schwache Euro hilft uns da nicht beim Wirtschaftswachstum oder zumindest nicht viel.

Marco Herack:

Okay. Also auch eher negativ zu sehen. Sebastian, eigentlich würde ich jetzt gerne kurz mit dir über die Inflation reden, aber aufgrund der aktuellen Nachrichtenlage heute, wird das ein bisschen schwierig, denn die Bundesregierung hat heute die Gasumlage verkündet mit 2,419 Cent pro Kilowattstunde. Die muss jetzt der Bürger zusätzlich zu seinen bestehenden Kosten berappen oder wie funktioniert das?

Sebastian Dullien:

Das werden wir noch sehen, wie viel die Bürgerinnen und Bürger davon tatsächlich noch tragen müssen. Denn da gibt es noch eine kleine Rechtsunsicherheit. Aber grundsätzlich ist die Idee, dass mit dieser Gasumlage die Mehrkosten von den Versorgern getragen werden, die jetzt zum Beispiel in Russland Gas eingekauft hatten, einen Vertrag haben, dass soundso viel Gas jetzt geliefert werden soll zu einem gewissen Preis und die haben das dann an ihre Kunden weiterverkauft, einen Vertrag mit den Kunden gemacht. Und da ist jetzt denen die Lieferung ausgefallen. Und damit die Kunden jetzt Gas bekommen, die ihren Vertrag mit dem Versorger haben, müssen die Versorger woanders das Gas kaufen. Und das ist jetzt relativ teuer und, na ja, wenn sie halt früher darauf kalkuliert haben, das Gas für 100 Euro einzukaufen und für 105 Euro weiterzuverkaufen, und jetzt kostet das Gas 200 Euro und sie verkaufen es für 105 weiter, weil der Vertrag da ist, dann sieht man schon, dass da ein Problem besteht. Und damit die nicht pleitegehen, gibt es jetzt eben diese Gasumlage, die diese Ersatzbeschaffung finanzieren soll. Und das wird auf alle Gaskunden umgelegt und das sind eben diese bekannten 2,419 Cent plus Mehrwertsteuer, die jetzt pro Kilowattstunde Gas da draufkommen, also die zumindest zuerst die Versorgungsunternehmen jetzt abführen müssen. Ich sage jetzt, dass die abführen müssen, weil die Frage so ein bisschen ist, wie wird das an die Endkunden weitergegeben. Bei den allermeisten Kunden steht in dem Vertrag oder in den AGBs drin, dass wenn Steuern und Abgaben sich verändern, dass das weitergegeben wird an die Kunden. Bei denen werden die Versorgungsunternehmen dann jetzt einen Brief schreiben. Die müssen das sechs Wochen vorher ankündigen und die werden einen Brief schreiben und sagen, so, bei euch kommt jetzt diese Umlage drauf. Jetzt gibt es ein paar, die sogenannte Festpreisverträge haben, wo nicht ganz klar ist, ob diese Umlage weitergegeben

werden kann. Möglicherweise wird da auch noch mal das Gesetz geändert. Auf jeden Fall, da kommen jetzt einfach auch für die Verbraucherinnen, Verbraucher diese 2,419 Cent drauf. Und das hört sich jetzt so harmlos an, 2,419 Cent, das ist ja nicht viel, aber es kommt ja drauf an, wo diese 2,419 Cent plus Mehrwertsteuer draufkommen. Und da muss man sich einfach klarmachen, dass Anfang 2021 so der typische Gaspreis 6,5 Cent pro Kilowattstunde war. Und wenn du jetzt auf 6,5 Cent knapp 3 Cent draufschlägst, hast du halt fast 50 Prozent Preiserhöhung mit einem Schlag, mit einem Federstreich quasi der Bundesnetzagentur.

Marco Herack:

Ich weiß, das ist viel, aber wenn ich sehe, dass sich der Gaspreis irgendwie verdrei- und vervierfacht hat, ist das dann nicht eher zu wenig?

Sebastian Dullien:

Na ja, das ist ja so ausgerechnet worden, dass man diese Finanzierungslücke der Versorger damit schließt. Und von daher, zu wenig, würde ich jetzt nicht sagen. Und außerdem, ich meine, bei so einem typischen Einfamilienhaus, 20.000 Kilowattstunden pro Jahr, wenn du da jetzt deine 2,8 Cent – was immer das mit Mehrwertsteuer ist – drauf hast, das sind einfach 560 Euro pro Jahr, das ist jetzt diese Umlage. Sind 50 Euro pro Monat mehr. Und klar, du kannst jetzt sagen, wenn gerade deine Rechnung um 200 Euro erhöht worden ist, dann ist es dir auch egal, ob es um 250 Euro erhöht worden ist, weil ich glaube, ganz so ist es nicht, sondern dann sind eher die 250 Euro noch mal schmerzhafter als die 200 Euro.

Marco Herack:

Also das geht ohnehin schon davon aus, dass der Preis dann ...

Sebastian Dullien:

Ja, ja. Das kommt auf den Preis drauf. Also die Leute, die jetzt aus irgendeinem Grund entweder in Neuverträge gedrängt worden sind, die schon bei 28 Cent oder so was liegen oder deren Versorger vielleicht pleitegegangen ist aus anderen Gründen oder die jetzt bei einem Versorger waren, der die Preise zufällig jetzt angehoben hat auf das Niveau, die kriegen das eben oben drauf.

Marco Herack:

Also das heißt, man hat die Preiserhöhung und die Gasumlage.

Sebastian Dullien:

Genau.

Marco Herack:

Da haben wir uns doch gerade drüber gefreut, dass die EEG-Umlage weg ist und jetzt kriegen wir eine Gasumlage.

Sebastian Dullien:

Tja, ist das dann manchmal.

Marco Herack:

Muss man das den Leuten nicht irgendwie ein bisschen nahebringen?

Sebastian Dullien:

Ja. Na ja, gut, ich meine, klar, das gehört so ein bisschen dazu, dass das, was da zurzeit gemacht wird, glaube ich, nicht ganz einfach zu kommunizieren ist. Aber die EEG-Umlage ist ja gesenkt worden, weil man gesagt hat, damit möchte man eine gewisse Entlastung schaffen. ja, eigentlich wollte man auch, dass die Leute mehr Strom verbrauchen und weniger Gas verbrauchen. Und im Moment ist halt das Problem, dass auch beim Stromverbrauch relativ viel Gas dafür verbrannt wird. Und wenn man jetzt von seiner Gasheizung auf die Heizlüfter umsteigt, dass man dann auch im Winter möglicherweise Probleme für das Stromnetz schafft.

Marco Herack:

Diese Umlage wird auch wieder die Inflation erhöhen für den Bürger?

Sebastian Dullien:

Ja, diese Umlage wird direkt ... die tritt jetzt relativ schnell in Kraft. Die tritt schneller in Kraft, als sonst Preisänderungen bei den Gasverträgen hätten in Kraft treten können. Und die wird dann direkt die Inflationsrate erhöhen. Wir haben ausgerechnet, dass diese 2,419 Cent plus Mehrwertsteuer, dass die die Inflationsrate etwa um 1 Prozentpunkt erhöhen werden und zwar so zu dem Moment, wenn die jetzt tatsächlich kassiert wird. Ob die Versorger das jetzt bis Oktober schaffen oder nur bis November, das wird man sehen, aber jetzt im Winter kommt da hierdurch einfach noch mal 1 Prozentpunkt Inflation drauf.

Marco Herack:

Ist das denn so, dass die Gasumlage dann einfach so verschwindet, wenn die Probleme verschwinden oder muss das dann auch wieder extra beschlossen werden und wir zahlen dann eine Zeitlang zu viel?

Sebastian Dullien:

Na ja, es wird wohl immer nachgerechnet oder es kann nachgerechnet werden. Die kann nach drei Monaten wieder verändert werden. Und ich könnte mir jetzt nicht vorstellen, dass wenn, sage mal, der Gasgroßhandelspreis jetzt wieder so weit fällt, dass da keine Versorger mehr in Schieflage sind und man nicht mehr eine teure Ersatzbeschaffung machen muss. Dann kann man eigentlich auch nicht mehr diese Umlage erheben. Also die ist schon darauf ausgelegt, dass sie wirklich nur temporär ist.

Marco Herack:

Jetzt habe ich mal eine spekulative Frage. Ich weiß, du magst das nicht so, aber ich habe heute gelesen, die Gaslager sind jetzt irgendwie 75 Prozent voll – oder gestern war das. Und also da ist man über dem Plan. Eigentlich sollte das erst Ende August soweit sein, war die Idee, das hat man jetzt überfüllt. Und das liegt natürlich daran, dass die Bundesregierung da dafür sorgt, dass aggressiv auf den Weltmärkten alles gekauft wird, was da ist, würde ich mal unterstellen. Jetzt ist es ja so, dass die Bundesregierung, wenn sie das tut, auch so eine Art künstliche Nachfrageerhöhung erzeugt. Also über das Wort „künstlich“ kann man sich da sicherlich auch noch streiten. Aber wäre es da nicht eher so, dass dann hinten raus die Gaspreise eher sinken müssten, weil dann sind die Lager ja voll oder so voll, wie

sie sein sollen und man ist eigentlich nur noch dabei, einen Pegel zu halten?

Sebastian Dullien:

Na ja, das kann natürlich sein. Allerdings, das sehen wir immer in Märkten, wo es gewisse Knappheiten gibt, auch in Hungersnöten oder auch beim Toilettenpapier in Corona, wenn manche Leute den Eindruck haben, dass sie die Dinge nicht bekommen, dann zahlen sie einfach einen wahnsinnig hohen Preis. Und dann geht der Preis möglicherweise weiter noch nach oben. Also wenn man mit Gasexperten spricht, sie sagen einem jetzt, so, eigentlich von der Nachfrage und dem Angebot, was es gibt, mit der Erfahrung von früher ist der Preis jetzt viel zu hoch. Die sagen sogar, selbst wenn Russland jetzt gar nicht mehr liefern würde, dann wäre der Preis, eigentlich von den Fundamentaldaten müsste er irgendwo da sein, wo er jetzt ist. So, nun ist aber die Erfahrung wie gesagt, dass wenn in so Märkten Panik herrscht und man unbedingt dann dieses Food braucht oder haben möchte, dass dann der Preis eben auch doch ein ganzes Stück überschießen kann. Und das ist möglicherweise, was wir sehen. Aber ganz ehrlich, ich glaube, es wird jetzt keiner sagen „wir rechnen damit, dass in eineinhalb Jahren der Gaspreis so hoch ist, wie er jetzt ist“. Sondern da gehen eigentlich alle davon aus, dass der wieder ein ganzes Stück tiefer sein wird.

Marco Herack:

Na ja, liegt vielleicht auch an der Situation. Aber man hat ja dann auch mehr Lieferanten.

Sebastian Dullien:

Das, genau. Selbst unter der Annahme, dass der Ukraine-Krieg dann nicht vorbei ist und wir kein Gas aus Russland kaufen.

Marco Herack:

Das deutet darauf hin, dass das jetzt so eine Phase ist, durch die man durch muss. Das ist so ein bisschen auch die politische Wahrnehmung von der Geschichte.

Sebastian Dullien:

Das wäre unsere Interpretation, ja.

Marco Herack:

Was hältst du denn von dieser Idee, dass die Bundesregierung da in bestehende Verträge eingreift mit dieser Umlage? Findest du das in Ordnung?

Sebastian Dullien:

Welche Verträge findest du jetzt problematisch, dass da eingegriffen wird?

Marco Herack:

Dass da eigentlich eine Gasumlage noch drauf kommt, die dann irgendwie für irgendwelche Konzerne bezahlt werden muss, die keine Rückstellungen gemacht haben, aber fleißig Dividenden gezahlt haben für, ja, Verträge, die sie abgeschlossen haben, wo sie jetzt quasi nicht liefern können und woanders nachkaufen müssen ihr Gas.

Sebastian Dullien:

Genau, ich meine, man muss sich ja jetzt die Frage stellen, was ist jetzt eine alternative Politik. Man kann natürlich jetzt auf die Konzerne schimpfen, die sich darauf verlassen haben, wenn sie mit Gazprom einen rechtsgültigen Vertrag haben und Gazprom immer geliefert hat, dass das die auch dieses Jahr tun würden. Das mag jetzt moralisch verwerflich sein, aber was genau sollte man in diesem jetzigen Moment machen. Das Problem war, warum man diese Umlage so konstruiert hat, ist ja so, es gibt einige Versorger, die haben bei Großhändlern gekauft, die wiederum in Russland eingekauft haben. Und andere, die haben das nicht getan. Die haben schon immer, vielleicht weil sie in Norddeutschland, in Nordwestdeutschland an einer Pipeline zu Holland lagen, die haben dann holländisches Gas gekauft oder norwegisches Gas. Und das Problem, wenn man jetzt nichts gemacht hätte, wäre gewesen, dass Uniper zum Beispiel, die viel aus Russland gekauft haben und in bestimmten Regionen eben dann die Großhändler sind, die da alles Gas hin liefern, dass die pleitegegangen wären und dass dann sich quasi die Stadtwerke und die Unternehmen in diesen Bereichen, die früher Uniper-Kunden waren, die hätten sich jemand anderen suchen müssen und hätten dann, wenn man diese Notfallklausel gezogen hätte im Energiesicherungsgesetz, hätten das dann weitergegeben an ihre Kunden. Das Ergebnis wäre gewesen, dass die Gaspreise für, je nachdem in welcher Region man jetzt zufällig lebt und ob zufällig das lokale Stadtwerk bei Uniper gekauft hat oder eben nicht, hätte man jetzt plötzlich einen riesigen Preissprung bei Gas oder eben auch nicht. Und da hat man gesagt, das finden wir eigentlich nicht fair, weil normalerweise, Marco, ich weiß nicht, ob du eine Gasheizung hast, wenn du eine hast, weißt du wahrscheinlich nicht, wo deine Stadtwerke jetzt genau das Gas her gekauft haben.

Marco Herack:

Ja gut, wie du weißt, wohne ich in Ägypten und du willst über meinen Gaspreis gar nicht reden, weil sonst fängst du mit Weinen an. Aber ich kann sagen, dass ich, kurz bevor ich weggezogen bin, habe ich eine Gaspreiserhöhung gekriegt, die ich dann auch noch zwei Monate bezahlen musste. Und die war nicht ohne, ja. Also ich kann den Schmerz schon nachvollziehen. Aber ich würde dir in einer Sache doch noch ein bisschen kontra geben wollen.

Sebastian Dullien:

Ja, gerne.

Marco Herack:

Man hätte das Konstrukt auch so machen können, dass die Unternehmen, denen damit jetzt explizit geholfen wird, dass die erst mal ein Dividendenverbot bekommen für die nächsten Jahre, bis sie die Summe, die sie jetzt vereinnahmen oder die sie bezahlt bekommen, wieder über den Staat zurückzahlen und der damit dann auch wieder die Strompreise senkt, ja, indem er halt bei den Steuern zurücksteckt oder sonst was. Also das Gegenteil der Gasumlage.

Sebastian Dullien:

Also man kann auch durchaus die Frage stellen, ist das eigentlich richtig, dass nur die anderen Gaskunden jetzt hier bezahlen. Also weil eigentlich ist die Argumentation ja, dass Uniper und einige dieser anderen Gashändler

systemrelevant sind, das heißt, wenn dann die jetzt so einfach pleitegehen lassen würde, dass das große Folgen für den ganzen Rest der Volkswirtschaft hätte. Und da muss man sich schon die Frage stellen, wenn das für alle Folgen hat, warum zahlen eigentlich nur die Gaskunden diese Umlage. Also wenn ich jetzt mal an die Bankenkrise denke, ich glaube, man kann es beides argumentieren, aber in der Bankenkrise war es ja auch so, da hat man Banken gerettet, da hat man gesagt, ja, die sind systemrelevant, das sind sehr große Schäden, wenn wir die pleitegehen lassen. Und das hat man jetzt nicht gemacht, dass man gesagt hat, na ja, also wir nehmen jetzt mal von allen, die ein Guthaben haben bei den Banken, nehmen wir ein bisschen Geld dafür, für diese Rettung. Sondern das hat man genau nicht getan. Darum kann man sich jetzt hier auch die Frage stellen, ob das eigentlich eine Aufgabe der anderen Gaskunden ist. Also warum eigentlich genau soll jemand, der sich – und vielleicht sogar bewusst – in Norwegen mit Gas versorgt hat, warum soll der jetzt eigentlich für diese Gasrettung zahlen und jemand, der mit Öl aus Russland gearbeitet hat, soll das nicht. Also einfach nur mal, um das so in den Raum zu stellen. Das ist natürlich schon, ich finde, eine gute Frage, ob das jetzt eigentlich bei der Konstruktion, wie man Energiepolitik gemacht hat, wo da die Entscheidungen getroffen worden sind, ob das die richtige, was für Empfehlungen auch gegeben worden sind, ob das eigentlich die richtige Art der Lastenverteilung ist.

Marco Herack:

Ja. Also ich stelle mir zum Beispiel auch die Frage, warum diese Unternehmen, die solche Verträge machen, also wo eine Preisgarantie an den Kunden gegeben wird, warum die keine Rückstellungen für solche Situationen haben. Also so jede Versicherung, die einen Garantiezins für irgendwas rausgibt, muss da irgendwelche Rückstellungen für bilden und Eigenkapital erhöhen und sonst noch was, aber in der Branche ist das scheinbar nicht üblich gewesen bisher.

Sebastian Dullien:

Aber ich glaube auch, bei den Versicherungen ist das so, wenn du das jetzt fristengerecht hättest ... also ich meine, der Punkt ist ja einfach, die hatten gültige Lieferverträge. Es ist ja nicht so, dass die gesagt haben, wir geben jetzt einen Festpreis oder zumindest die großen, die haben jetzt nicht eine Festpreisgarantie an die Kunden gegeben und haben dann gesagt, na ja, wir gucken mal, wo wir das Gas herkriegten. Sondern die haben den einen Vertrag eingegangen und haben, jetzt ohne dass da ungedeckte Positionen wären oder zumindest keine großen, und haben das an die Kunden weitergegeben. Und in dem Fall, also wenn du eine Versicherung hast, die in 30jährigen Staatsanleihen anlegt und die diesen Zins, der da drauf ist, den Kunden weitergarantiert, ich glaube, die müssen keine großen Rückstellungen bilden, weil das einfach, das ist dann fristenkongruent und eigentlich, solange da nicht der Ausfall ist, funktioniert das. Und hier ist ja der Punkt, diese Art der Lieferunterbrechung bei Gas hat es einfach seit dem Zweiten Weltkrieg nicht gegeben. Und das ist ja immer bei Rückstellungen so das Problem; du kannst ja für Dinge, die eigentlich jenseits dessen sind, was du dir normalerweise vorstellst, auch keine Rückstellungen bilden.

Marco Herack:

Also ich habe mir mal die Zahlen da rausgesucht bei Uniper. Die kaufen also irgendwie für 20 Euro ein da in Russland und müssen es jetzt für 140 Euro

einkaufen. Also das heißt, wir haben da so eine Finanzierungsdifferenz von 120 Euro und die ist ein bisschen kleiner natürlich, weil mit irgendwelchen Margen, die bei den Verbrauchern abgeschöpft werden, ist das sicherlich dann etwas höher. Ja, aber das ist so die Summe, um die es dann aktuell geht für Uniper und das ist dann auch quasi der effektive Verlust.

Sebastian Dullien:

Genau.

Marco Herack:

Und wo stehst du da jetzt? Jetzt haben wir ja ein paar Fragen aufgeworfen. Also bist du jetzt so zufrieden mit der Sache oder na ja?

Sebastian Dullien:

Nein, ehrlich gesagt, weil wir jetzt die Inflation angesprochen haben und jetzt würde ich den Gedanken da vielleicht noch mal zu Ende ziehen. Dadurch dass das jetzt kommt und das kommt zu einem Zeitpunkt ungefähr, wo – oder so plus minus einen Monat – wo auch der Tankrabatt ausläuft, das 9-Euro-Ticket wegfällt, die Inflation ohnehin wieder nach oben springt. Und da kommt jetzt noch diese Umlage drauf und das bedeutet, dass wir im Winter sehr nahe an die 10 Prozent bei der Inflationsrate kommen und vielleicht auch knapp da drüber. Also wenn wir jetzt die ... es ist ja diskutiert worden, wie groß die Umlage ausfällt und wenn sie bei 5 Cent gewesen wäre plus Mehrwertsteuer, dann wären wir jetzt sehr wahrscheinlich würden wir dann knapp über zehn Prozent kommen. Kann man jetzt noch nicht sehen, da sind ja immer so ein bisschen Unwägbarkeiten da drin, aber die Gefahr ist auf jeden Fall relevant. Und dann, wir haben ja gerade schon davon geredet, was das für Belastungen, überhaupt dieser Gaspreis für Haushalte, Normalhaushalte, Familien bedeutet und da jetzt noch mal diese Belastung drauf zu legen, da werden einfach ganz viele Menschen in Zahlungsschwierigkeiten im Winter kommen oder dann später ins Frühjahr hinein, wenn sie die Heizkostenabrechnungen kriegen. Das jetzt so zu beschließen, ohne gleichzeitig einen Ausgleichsmechanismus zu machen oder irgendwas zu machen, was das ein bisschen abfängt, das halte ich schon eigentlich für grob fahrlässig.

Marco Herack:

Ich habe ja immer den Eindruck, wenn ich dann so der Bundesregierung zuhöre, dass sie dann so der Meinung ist, na, wir haben ja schon sehr viel getan, wir haben ja da mal irgendwie ein paar Euro draufgehauen und da mal was entlastet und da mal was gemacht. Klingt so ein bisschen nach Abwehrargument. Oder sehe ich das falsch?

Sebastian Dullien:

Die haben natürlich ein gewisses Dilemma. Die haben schon einiges gemacht. Die haben ja auch 30 Milliarden dafür in die Hand genommen etwa, da werden viele Familien auch relativ relevant entlastet, aber nicht für diesen neuen Gaspreisschub und nicht für die Umlage. Und außerdem, und das ist das Problem bei der Bundesregierung, es kommt noch dazu, das war sehr kleinteilig. Das Geld ist noch nicht ganz bei den Menschen angekommen. Also die Energiepauschale wird erst im September ausgezahlt. Umfragen, die wir gemacht haben, deuten darauf hin, dass

die Menschen das insgesamt viel, viel kleiner einschätzen als das, was sie jetzt wirklich gekriegt haben. Aber in der Regierung scheint sofort zu herrschen das Gefühl, ja, lass uns doch erst mal das Geld im September ankommen und dann weitergucken, was wir noch brauchen. Und, ja, das war vielleicht bis Juni okay, bis zu dem Moment Ende Juni, wo wir noch dachten, dass vielleicht das Gas weiter fließt und es bei 100 Euro pro Megawattstunde bleibt, was eigentlich jetzt nicht mehr angemessen. Da wird aus meiner Sicht auch wertvolle Zeit jetzt verloren, indem man sagt, na ja, also warten wir doch erst noch mal ein bisschen ab. Denn das ist relativ absehbar, was da kommt. Da braucht man jetzt nicht mehr groß drüber nachzudenken. Und ich bin jetzt kein Sicherheitspolitikexperte, aber mich würde das sehr, sehr wundern, wenn vor dem Winter jetzt Russland wieder plötzlich die Gaslieferung hochfährt und die auch über den Winter hochhält. Ich halte es für wesentlich wahrscheinlicher, dass die Gaslieferungen eingestellt werden. Ich meine, du beschäftigst dich mehr mit Sicherheitspolitik, aber ich glaube, das kann man so relativ sicher sagen.

Marco Herack:

Ja, ich glaube, das ist auch so recht sicher, dass wenn jetzt nicht noch irgendwas Fundamentales an der Situation sich ändert, dass das Risiko für die Abstellung höher ist als für die Anstellung. Wobei meine These zu dem Thema ja immer ist, man wird eher so eine Unterversorgung machen, weil das ist einfach verhandlungstechnisch besser für sie. Aber gut, das sind ja alles Spekulationen. Du hast vorhin noch gesagt, dass auf diese Gasumlage dann eine Mehrwertsteuer drauf kommt. Habe ich genau gehört. Dazu habe ich gelesen, dass der Herr Lindner, unser Finanzminister, bei der EU drum gebeten hat, eine Ausnahme zu bekommen, dass da keine Mehrwertsteuer drauf gemacht werden muss, weil das wäre jetzt so EU-regeltechnisch wohl geboten, dass die da draufkommt. Also die würde dann wegfallen, der Staat will da nichts verdienen.

Sebastian Dullien:

Ja, ist ja schön und nett, dass er da jetzt so einen Brief schreibt. Man hätte sich das natürlich auch vorher überlegen können, wie das alles so ist. Und mich hat überrascht, dass die Politiker überrascht hat, dass da eine Mehrwertsteuer drauf ist, denn das ist eigentlich immer so. Das war bei der EEG-Umlage so. Das sind einfach Preisbestandteile. Natürlich kommt da eine Mehrwertsteuer drauf. Ich kann ja auch nicht, wenn ich ein Brot kaufe, sagen, dass sie jetzt bitte ... bei den 19 Prozent am Ende soll das Mehl rausgerechnet werden. Das geht einfach nicht. Jetzt haben sie angefangen zu sagen, na ja, die Umlage gehört ja eigentlich nicht zum Gaspreis direkt dazu, sondern sei nur eine Nebenleistung. Und dann werden eben 155 Kilowattstunden Gas abgerechnet und 155 Kilowattstunden Umlage. Und da kommt man, wenn man das so macht, was jetzt auch schon aus meiner Sicht eine relativ interessante Interpretation ist, weil es ja eigentlich keine Leistung ist, die mit dieser Umlage bezahlt wird, da ist jetzt das Problem, dass Haupt- und Nebenleistung dem gleichen Mehrwertsteuersatz unterliegen müssen. Du kannst nicht das Essen im Restaurant mit 19 Prozent und die Bedienung am Tisch, wo das Essen dir gebracht wird, nur mit 7 Prozent besteuern, das geht halt einfach nicht. Und ich glaube, aus gutem Grund gibt es da europäische Regeln zu, damit das einigermaßen einheitlich ist mit der Mehrwertsteuer im Binnenmarkt. Und das gefällt Christian Lindner jetzt nicht und jetzt hat er halt einen Brief geschrieben, um zu fragen, ob es da eine

Ausnahmeregelung für gibt. Ich meine, ich möchte das jetzt nicht vorhersagen, es kann durchaus sein, dass das passiert, aber ich halte die Wahrscheinlichkeit, dass die Kommission sagt, nein, Freunde, so geht das nicht, halte ich für recht hoch.

Marco Herack:

Klingt dann ja eher so, als ob er das jetzt macht, damit er es dann auf die EU schieben kann.

Sebastian Dullien:

Klar, natürlich, gewisser Weise ist es eine EU-Regel, aber die EU-Regel hat auch schon einen Sinn.

Marco Herack:

Jetzt hast du ja schon gesagt, da muss man eigentlich was tun. Und wir hatten ja mal einen Podcast, in dem ging es nicht um eine Gasumlage, also das, was jetzt passiert ist, sondern um einen Gasdeckel. Mit Isabell Weber hast du den vorgeschlagen und, ja, habe jetzt nichts mehr von gehört, Sebastian. Ist der Gasdeckel gescheitert?

Sebastian Dullien:

Na ja, also wir haben den ja im Februar vorgeschlagen und da gab es relativ viel Kritik da dran oder Leute fanden das komisch und wahrscheinlich war auch der Name, den wir gewählt haben, Gaspreisdeckel, nicht ganz ideal. Weil was wir eigentlich meinen oder was das auch ist, ist ein Gaspreisdeckel für einen Grundverbrauch. Man kann es auch nennen einen subventionierten Grundverbrauch. Und unsere Idee war, dass jeder Haushalt eben so einen gewissen Grundverbrauch an Gas zu einem, ja, nicht niedrigen Preis, aber zum gedeckelten Preis beziehen kann, also zum Beispiel jetzt irgendwo um die 10 Cent. Das ist immer noch deutlich höher als Anfang 2021, aber eben, um die weitere Steigerung rauszunehmen. Und was über den Grundverbrauch verbraucht wird, das wird eben dann mit dem normalen Preis abgerechnet. Und der Vorteil von dieser Konstruktion ist erstens, dass die Haushalte natürlich entlastet werden, weil man diesen Grundverbrauch dann nicht mehr mit dem hohen Preis bezahlen muss, dass zweitens der Anreiz zum Gassparen bleibt, weil für das, was man so darüber hinaus und wo man ja spart – wenn man spart, spart man ja zuerst an der letzten Kilowattstunde, dafür wird der hohe Preis fällig. Das heißt, da spart man auch recht viel. Und drittens dämpft es halt die gemessene Inflation. Und das war unser Vorschlag im Februar schon. Der ist da schon ein bisschen diskutiert worden und auch auf Twitter. Und der ist jetzt auch wieder, glaube ich, im Gespräch. Also ich habe jetzt mehrere Artikel gelesen, wo das wieder hervorgehoben worden ist, weil es natürlich eine Lösung bietet für dieses Problem, dass die Inflation so hoch zu springen droht und gleichzeitig werden auch hier damit ja ganz speziell die Gashaushalte entlastet – also die Haushalte, die mit Gas heizen. Und das ist wichtig, weil also wenn du zum Beispiel mit Öl heizt, dann hast du vielleicht eine Verdopplung deiner Heizkosten, aber eben nicht eine Vervierfachung. Das macht natürlich von der Belastung schon einen großen Unterschied.

Marco Herack:

Aber es gab ja auch einige Kritik. Also zum Beispiel war eine, fand ich jetzt erst mal

intuitiv, nicht zu verachtende Kritik, dass der, ja, ich nenne es jetzt trotzdem Gasdeckel, Sebastian, da musst du jetzt ...

Sebastian Dullien:

Ja, bitte. Bitte. Mach das ruhig.

Marco Herack:

Du musst jetzt durch. Der Gasdeckel halt diese potenzielle Sparleistung der Bürger schmälern würde, weil er ja, na ja, halt diesen Grundverbrauch, den sie haben, einfach absichert und erst danach wirkt.

Sebastian Dullien:

Ja, da wäre halt unser Argument, wenn man diesen Sockel so ansetzt, dass die meisten Leute da drüber sind, dann haben sie immer noch den Anreiz zu sparen, das Gas zu sparen.

Marco Herack:

Also einfach 10 Prozent drunter und fertig.

Sebastian Dullien:

Also genau, wir haben jetzt vorgeschlagen 5.000 Kilowattstunden für einen Ein-Personen-Haushalt. Das ist ein Stück unter dem Verbrauch. Wenn man da jetzt was drauflegt, also nur mal so zum ... beim Zwei-Personen-Haushalt wären es dann vielleicht 7.000 oder so was. Zum Vergleich: Der durchschnittliche Haushalt in Deutschland verbraucht 15.500 Kilowattstunden. Also da wäre jetzt noch reichlich Puffer dahin. Es gibt jetzt ein paar andere Variationen. Der DGB hat, glaube ich, was vorgeschlagen mit etwas höheren Sockelbeträgen. Da kann man überall drüber reden, das Wichtige ist halt nur, dass der Sockelbetrag ein Stück unter dem tatsächlichen Verbrauch liegt.

Marco Herack:

Dann war ein, und den fand ich ja sehr bemerkenswert, sozial ungerecht, weil wenn alle Haushalte den gleichen Sockel unterstellt bekämen, würden manche davon profitieren und andere halt nicht.

Sebastian Dullien:

Da war argumentiert worden, dass es ja unfair ist, dass der Single die gleiche Menge Gas günstig kriegt wie ein Vier-Personen-Haushalt. Wir selber haben von Anfang an gesagt, idealerweise soll das auf Haushaltsgröße ...

Marco Herack:

Ja, so hatte ich es verstanden, genau. Ja.

Sebastian Dullien:

Also eigentlich ist die Geschichte so; wir haben gesagt, wir finden das besser, wenn ein großer Haushalt auch mehr Kilowattstunden frei kriegt, also mit vier Kindern kriegst du mehr als wenn du Single bist und dann wurde gesagt, na ja, aber das können die Versorger nicht umsetzen, das Einzige, was man machen kann, ist eben, für alle Haushalte der gleiche Deckel. Und dann ist gesagt worden, aber wenn

man das macht, wäre es ja sozial ungerecht, weil eben dann die Familie im Grunde genau so viel billiges Gas, und damit impliziert den gleichen Zuschuss zum Heizen, kriegt andere Haushalte, kleinere Haushalte.

Marco Herack:

Ja gut, der Ein-Personen-Haushalten wird wahrscheinlich niemals so viel Gas verbrauchen können wie der Vier-Personen-Haushalt.

Sebastian Dullien:

Na ja, gut, aber wenn du jetzt bei allen 5.000 ansetzt, dann wäre vielleicht der Ein-Personen-Haushalt bei 6.000, dann hätte er für 5.000 die Subvention und die anderen heizen für 20.000 und dann haben die auch nur für 5.000 die Subvention. Das stimmt, ja. Und das hängt aber dann damit zusammen, ist es möglich, das vernünftig irgendwie abzubilden, dass größere Haushalte auch mehr kriegen.

Marco Herack:

Ja, aber wenn man das dann wiederum macht, ist es ein Bürokratiemonster.

Sebastian Dullien:

Das sagen die anderen. Wir halten das mit dem Bürokratiemonster eigentlich für beherrschbar. Weil wir würden das so machen, dass wir sagen, grundsätzlich kriegt halt jeder Gasanschluss erst mal diesen Grundbetrag für den Ein-Personen-Haushalt, und wer mehr Personen hat, der soll dann bitte per Online-Formular oder Postkarte an den Versorger melden, dass da mehr Personen sitzen und dann könnte man einfach bis ... dann wird der Versorger das direkt berücksichtigen in den Abschlagszahlungen und dann hätte man eben Zeit bis zur nächsten Jahresrechnung, das auch nachzuweisen und eben mit Kopie des Personalausweises oder, was man sich auch vorstellen kann, es gibt genug Dienste, die so Ident-Verfahren anbieten. Dann kann der Gasversorger es auch outsourcen. Und wie wenn du dich jetzt beim Carsharing anmeldest oder eine SIM-Karte kaufst, da musst du dich auch immer online, ja, identifizieren und dann würde man eben so ein Verfahren machen. Man hätte ja dann auch tatsächlich relativ viel Zeit dafür. Das wäre aus meiner Sicht unproblematisch. Ein bisschen schwierig wäre es noch mit den, das muss man wissen in Deutschland, wir haben etwa 20 Millionen Haushalte, die mit Gas heizen, aber nur etwas über 8 Millionen Gaszähler und Verträge. Und der Rest, das heißt, da hängen relativ viele an Zentralheizungen dran und das wird über die Hauseigentümer abrechnet. Und da müsste man sich dann eben auch noch so was ausdenken, dass die Hauseigentümer eben melden müssten und nachweisen müssten, wie viele Leute in ihrem Haus wohnen. Also da kommt schon ein bisschen Bürokratie drauf zu, aber aus meiner Sicht durchaus, ja, Bürokratie, die man irgendwie händeln könnte, insbesondere wenn man externe Dienstleister miteinbezieht.

Marco Herack:

Also ich glaube, das Hauptargument so, was ich identifiziert habe, das würde ich jetzt auch als letztes nehmen, wir können ja da nicht jedes Ding durchgehen, aber das Hauptargument, fand ich, es kostet ein Schweinegeld, das der Staat dann bezahlen muss. Und da ist dann die Frage, ob er das möchte.

Sebastian Dullien:

Ich meine, das kostet natürlich Geld. Wir haben ja gesagt, diese 100 Euro, die jetzt seit Juni der Gaspreis gestiegen ist, kostet die Volkswirtschaft 100 Milliarden Euro. Wenn wir jetzt sagen, wir möchten gerne die Privathaushalte zur Hälfte kompensieren dafür, dann kostet es halt 50 Milliarden. Das ist relativ einfach. Jetzt 50 Milliarden würde dieser Gaspreisdeckel nicht kosten, sondern man würde da wahrscheinlich eher irgendwo in den 20ern landen, aber das ist natürlich Geld, viel Geld und wir würden halt vorschlagen, dass man das quasi später von den Gasnutzern wieder zurückholt. Also wir würden sagen, es soll jetzt auf Kredit oder über den Energie- und Klimafonds ausgezahlt werden. Und dafür würde man sagen, es gibt nicht nur einen Gaspreisdeckel nach oben, sondern es gibt jetzt auch einen Boden. Wenn die Gaspreise wieder fallen und auf den Future-Märkten sieht das so aus, als würde das Mitte des Jahrzehnts so sein, dann wird eben danach eine Abgabe erhoben. Dann fällt eben der Gaspreis auch nie wieder unter 10 oder 12 Cent. Und dann wird eben da eine Abgabe erhoben, die damit das, was heute ausgeteilt worden ist, wieder einsammelt. Langfristig wird das dann die Staatsfinanzen nicht belasten.

Marco Herack:

Okay. Also damit würdest du dann auch Christian Lindner und seinen persönlichen Berater entgegenkommen und sagen, nein, hier ist kein großes Schuldenbohei, sondern das ist nur eine temporäre Maßnahme.

Sebastian Dullien:

Genau. Und wenn man das über den EKF abwickeln würde, also diesen Energie- und Klimafonds, dann könnte man es meiner Meinung nach auch schuldenbremsenneutral abwickeln.

Marco Herack:

Ja, das wäre meine letzte Frage dazu; ist es das. Ja, ist es schuldenbremsenneutral.

Sebastian Dullien:

Also zumindest meines Verständnisses nach, wenn du es richtig machst, könnte es schuldenbremsenneutral sein. Also wenn du es über ein Sondervermögen machst, was eben so gestaltet ist, dass es jetzt auszahlt und später einsammelt, dann geht das nicht auf die normalen Schuldenbremsenregeln.

Marco Herack:

Ist ja lustigerweise so ein bisschen das Gegenstück zur Gasumlage und das, was wir gerade diskutiert haben, dass man da ja dann auch irgendwie das Geld wieder zu den Verbrauchern zurückbringen müsste und Ähnliches. Also, ich finde den Vorschlag ja weiterhin nicht ganz so schlecht. Jetzt gibt es allerdings, was Entlastung betrifft, noch Konkurrenz. Die FDP möchte nämlich statt irgendwie irgendwohin Geld zu geben an die Leute, möchte sie lieber die Steuern senken.

Sebastian Dullien:

Ja. Christian Lindner hat ja seinen Vorschlag vorgelegt zu einer Steuersenkung. Er sagt, das ist halt eine Abschaffung der kalten Progression. Und das ist so gestaltet,

dass also am meisten, sowohl in Euro als auch relativ zu dem Bruttoeinkommen oder zum zu versteuernden Einkommen, die profitieren, die im Steuertarif gerade am Beginn des Spitzensteuersatzes stehen. Also wer jetzt ganz wenig verdient, 10.000/20.000 Euro pro Jahr, je nachdem, verheiratet oder Single, der profitiert überhaupt und eben diese höchste Entlastung kommt dann zustande bei Familien, die, ja, die Grenze beim zu versteuernden Einkommen ist 2024 etwa bei 126.000/127.000 Euro für ein Ehepaar. Wobei man dann immer sagen muss, zu versteuerndes Einkommen ist nicht Bruttoeinkommen, sondern Bruttoeinkommen liegt dann immer noch mal ein ganzes Stück höher. Also das wären wahrscheinlich dann eher so 150.000 Euro Bruttoeinkommen, wo eben die höchste Entlastung, sowohl prozentual als auch absolut anfallen würde. Da kann man sich schon fragen, ob das sinnvoll ist, das ist ja auch nicht kostenlos, diese Entlastung, ob das halt sinnvoll ist als Entlastung, gerade die zu entlasten, die ja doch jetzt keine niedrigen Einkommen haben, sondern eigentlich ganz klar zur Oberschicht gehören. Insbesondere weil unsere Forschungen am IMK ja zeigen, dass von der Inflation die Geringverdiener-Haushalte am stärksten betroffen sind.

Marco Herack:

Also das wäre auch eigentlich meine einzige Frage zu Christian Lindner gewesen, weil ich habe auch nicht verstanden, wie er jetzt denen helfen will, die wirklich Hilfe brauchen, um es in meinen etwas flapsigen Worten zusammenzufassen. Weil wer viel hat, der kann das ja noch am ehesten verknüßern, was da jetzt auf uns zukommt.

Sebastian Dullien:

Ja, das sehen wir auch so, zumal ja Leute mit also einem Jahreseinkommen, Ehepaare mit einem Jahreseinkommen von 150.000 Euro oder so, die haben üblicherweise auch Ersparnisse. Die geben üblicherweise nicht ihr ganzes Geld aus, das heißt, im Grunde können die das abfedern, indem sie mal jetzt über den Winter einfach weniger sparen. Ja, oder zur Not von ihren Ersparnissen was angreifen. Das hast du bei den Familien am unteren Ende der Einkommensverteilung nicht. Die haben oft überhaupt keine Reserven und da bleibt auch am Monatsende nichts übrig. Das heißt, die müssen sofort dann woanders auch sich einschränken; beim Essen, bei der Kleidung, bei der Freizeit der Kinder.

Marco Herack:

Und da fehlen uns aktuell ja die Auffangmaßnahmen. Also immer mehr Tafeln nehmen keine neuen Kunden mehr an. Das heißt, die Leute fallen dann, ja, einfach nach unten. Also da gibt es kein Netz mehr.

Sebastian Dullien:

Genau und wir haben halt genau das Problem; die Transferempfängerinnen und -empfänger, also die, die in der Grundsicherung sind, ich meine, denen geht es auch total dreckig, weil die Grundsicherung so niedrig ist, aber die sind zumindest von dem Gaspreisanstieg ein bisschen abgedeckt, weil die Heizkosten werden ja im Rahmen der Kosten der Unterkunft übernommen. Das heißt, von diesem Gaspreisanstieg werden vor allem die getroffen, die knapp da drüber sind, also die keinen Anspruch mehr auf Grundsicherung und Wohngeld haben. Ja, beim Wohngeld hast du jetzt noch einen Heizkostenzuschuss bekommen. Ob der jetzt

reicht, ist eine andere Sache. Aber wenn du genau da drüber bist, und das sind jetzt auch keine tollen Verdienste, dann bist du jetzt voll getroffen und hast aber wenig Kompensation. Das ist so der Bereich, wo man, glaube ich, echt was machen muss.

Marco Herack:

Und das finde ich ein bisschen komisch bei der FDP, weil Leistung soll sich wieder lohnen und so weiter, da sind die ja immer ganz schnell dabei. Aber das trifft ja explizit Leute, die arbeiten. Und dass man nicht bereit ist, denen beizuhelfen, also das habe ich überhaupt nicht verstanden, weil das wäre ja so als liberale Wirtschaftspartei eigentlich genau die Klientel, die man noch zusätzlich erreichen könnte. Aber da versagen meine analytischen Künste.

Sebastian Dullien:

Ja, ich meine, man kann ja zynisch sagen, da wird einfach das vorgeschlagen, was schon immer gewollt worden ist, nämlich man versucht irgendwie eine Steuerentlastung für die Reichsten oder für die Reichen hinzubekommen. Ja, aber vielleicht ist das jetzt wirklich ein bisschen zu zynisch und es blieb ja zu hoffen, dass die FDP, dass das jetzt nur das Einstandsangebot der FDP war und dass jetzt auch was Substanzielles folgt, was tatsächlich die Mitte der Gesellschaft auch entlastet. Wir können gespannt bleiben, oder?

Marco Herack:

Ja, Sebastian Dullien, ich danke für das Gespräch. Und wenn ihr dazu noch ein paar Gedanken habt, dann sendet ihr sie uns am besten auf Twitter @boeckler_de oder per E-Mail an systemrelevant@boeckler.de. Und freuen uns natürlich auch, wenn ihr uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert. Wenn ihr noch Sebastian etwas mitteilen möchtet, findet ihr ihn auf Twitter als @SDullien, also Sebastian Dullien. Das war es für diese Woche. Wir wünschen euch eine schöne Zeit und bis bald. Tschüss.

Sebastian Dullien:

Tschüss.